

Freie Demokraten

Baden
Württemberg **FDP**

Beschluss vom 5. Januar 2016

**Flüchtlingspolitik –
konstruktiv denken,
konsequent handeln**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vielen Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland kommen, haben zunächst zu einer beeindruckenden Welle der Hilfsbereitschaft geführt. Später aber auch zu dem Gefühl der Überforderung, teilweise zu Ablehnung und Vorurteilen. Weder Bundes- noch Landesregierung haben in dieser Situation getan, was man von einer Regierung erwarten darf. Klar kommunizieren, besonnen planen und notwendige Maßnahmen konsequent umsetzen. Dadurch sind die Kommunen in hohem Maße gefordert, teilweise auch überfordert worden. Dies hat in der Bevölkerung zu erheblicher Unruhe geführt. Populistische Parteien versuchen, aus dieser Situation Profit zu schlagen.

Die Freien Demokraten Baden-Württemberg haben auf ihrem Parteitag am 5. Januar 2016 hingegen einen Beschluss gefasst, welcher pragmatische, gangbare Wege aus der Krise aufzeigt. Wir haben dargelegt, was auf europäischer Ebene geschehen muss und wir haben die entsprechenden bundes- und landespolitischen Stellschrauben benannt. Unser Beitrag "Flüchtlingspolitik - konstruktiv denken, konsequent handeln" soll zu der dringend notwendigen Versachlichung der Debatte und zu einer nachhaltigen Lösung im Sinne aller Beteiligten führen.

Wir haben das Chaos nicht angerichtet, aber wir können es aufräumen.

Ihre FDP Baden-Württemberg

Flüchtlingspolitik – konstruktiv denken, konsequent handeln

Die Freien Demokraten wollen den Menschen helfen, die vor Krieg und Gräueln zu uns flüchten. Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verantwortung, Menschen in Not Schutz zu bieten und zu helfen, wo wir können. Doch muss sich die Situation in den Herkunftsländern schnell verbessern. Dafür brauchen wir starke Impulse der Bundesregierung in der Europäischen Union.

Deutschlands Möglichkeiten sind nicht unbegrenzt. Um denen, die zu uns kommen, bestmöglich helfen zu können, müssen wir unsere Ressourcen gut einteilen und effizient einsetzen. Wir müssen das Chaos in der Flüchtlingspolitik beenden und Recht und Ordnung zum Wohle der Bürger und der Flüchtlinge wiederherstellen.

1) Maßnahmen in Europa

Die Anzahl der Menschen, die 2015 zu uns gekommen sind, können wir nicht jedes Jahr verkraften. Deshalb muss innerhalb der Europäischen Union fair und solidarisch zusammengearbeitet werden. Dafür brauchen wir:

- a. Ein faires Verteilungssystem für Flüchtlinge in der Europäischen Union (Einführung von Länderkontingenten), an das sich alle Mitgliedsstaaten halten.
- b. Eine Einrichtung von Hotspots (Aufnahmezentren) in einigen Mitgliedstaaten, die dabei massiv finanziell und personell durch die übrigen Mitgliedstaaten unterstützt werden müssen
- c. Aufbau und Ausbau eines einheitlichen wirksamen europäischen Grenzschutzes
- d. Bis ein europäisches System aufgebaut ist, gilt es nationale Registrierungscentren aufzubauen, die alle Einreisenden bei Grenzübertritt erfassen, registrieren und für die Erteilung von einheitlichen Ausweisdokumenten sorgen

2) Maßnahmen in den Krisengebieten

Die Beseitigung der Fluchtursachen ist die beste Möglichkeit, den Flüchtlingen wieder eine Perspektive in ihren Heimatländern zu geben. Dies sind schwierige und langwierige Unterfangen. Hier brauchen wir:

- a. Eine aktive, auf Diplomatie und Interessensausgleich fußende Rolle Deutschlands bei der Stabilisierung Syriens und der Nachbarstaaten
- b. Die Schaffung von sicheren und menschenwürdigen Zuständen in Flüchtlingslagern in der Türkei, dem Libanon und Jordanien
- c. Um den Konflikt in Syrien abzukühlen, muss auch mit unangenehmen Partnern verhandelt werden. Es gibt keine einfachen Lösungen. Wir müssen zusammen mit der Türkei, Russland, Saudi-Arabien, Iran und weiteren Akteuren in der Region zu einer Lösung kommen – auch wenn uns das manchmal schwerfällt
- d. Erforderlich ist eine Anti-Terrorallianz. Die Weltgemeinschaft darf nicht länger wegsehen wie Diktator Assad die eigene Bevölkerung mit Faßbomben hinschlachtet. Der Terrororganisation IS muss der Boden entzogen werden.
- e. Wir fordern die Landesregierung auf, ihren Einfluss im Bund geltend zu machen und auf weitere Initiativen in Richtung Friedensprozess in Syrien hinzuarbeiten

3) Maßnahmen in Deutschland und Baden-Württemberg

Um mit der großen Zahl der Ankommenden fertig zu werden, brauchen wir eine effiziente und klare Organisationsstruktur unserer zuständigen Behörden. Aber damit alleine ist es noch lange nicht getan: wir müssen vor allen Dingen auf die Herausforderungen der Integration der Flüchtlinge blicken.

- a. Wir streben einen humanitären Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in der Europäischen Union an. Kriegsflüchtlinge könnten dann schnell und unbürokratisch einen verlässlichen, zeitlich befristeten Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten.
- b. Die für das Asylverfahren zuständigen Behörden würden deutlich entlastet, da entsprechende Anträge von der Bearbeitung ausgeschlossen werden
 - I. Politisch Verfolgte oder Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention erhalten Asyl – und zwar schneller, weil die zuständigen Behörden von den massenhaften Anträgen entlastet werden.
 - II. Kriegsflüchtlinge, die nach Wegfall des Schutzgrundes nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen, aber die Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes erfüllen, erhalten sofort Zugang zum Arbeitsmarkt. Wer in der Folge für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, erhält einen dauerhaften Aufenthaltstitel.
 - III. Kriegsflüchtlinge, die die Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht erfüllen, müssen nach Beendigung des bewaffneten Konflikts in ihrer Heimat ausreisen oder erforderlichenfalls zurückgeführt werden.
 - IV. Als Ultima Ratio kann der Familiennachzug für Kriegsflüchtlinge ausgesetzt werden
- c. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz – das die Regelungen des Zuwanderungsgesetzes von 2005 fortschreibt und gebündelt regelt, wer nach welchen Kriterien auch langfristig in Deutschland bleiben kann. Die Festlegung von Voraussetzungen, unter denen der Übergang vom Flüchtlingsstatus in die geordnete Einwanderung möglich ist, kann auch Motivation und Ansporn für Flüchtlinge sein, sich zu qualifizieren und zu integrieren.

- d. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive müssen schneller und konsequenter abgeschoben werden, hier versagt die grün-rote Landesregierung bisher. Die FDP Baden-Württemberg fordert die Landesregierung daher auf, abgelehnte Asylsuchende nach Maßgabe des Rechts schneller und effizienter rückzuführen. Das ist auch im Sinne derjenigen Flüchtlinge, die eine Bleibeperspektive erhalten, in dem Mittel und Unterbringungsmöglichkeiten freigesetzt werden
- e. Flüchtlinge, die nach Deutschland einreisen, müssen sofort nach Ankunft registriert werden
- f. Neben der Registrierung muss gleich bei Ankunft auch eine Gesundheitsüberprüfung und Qualifikations- und Kompetenzabfragen erfolgen

4) Weniger Bürokratie im Asylverfahren

- a. Um Mehrfacherfassungen zu vermeiden, muss von jedem Flüchtling ein einziger Datensatz (Flüchtlingskarte) erstellt werden – auf den alle zuständigen Behörden zugreifen können
- b. Die Kompatibilität der Datenverarbeitungssysteme der verschiedenen Behörden und zwischen Bund, Land und Kommunen muss rasch hergestellt werden
- c. Wir wollen die Residenzpflicht für Bewerber im Verfahren und abgelehnte Asylbewerber wieder einführen. Außerdem zeitlich befristet für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge

5) Arbeitsmarktintegration

- a. Flüchtlinge sollen schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, Arbeitsverbote und Restriktionen bei Praktika und Zeitarbeit müssen abgebaut werden
- b. Frühe Erfassung der Qualifikationen der ankommenden Flüchtlinge
- c. Schnelle Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit derjenigen mit hoher Bleibeperspektive
- d. Ermöglichung der schnellen Beantragung der Anerkennung von Berufs- oder Studienabschlüssen
- e. „Bündnis für Integration in Arbeit“: Länder, Verbände, sowie Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen müssen zusammenarbeiten, um schnell und unbürokratisch Praktika, Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zu vermitteln
- f. die Teilnahme an Sprachkursen und die Absolvierung eines Praktikums müssen parallel zulässig und möglich sein, um so wenig Zeit wie möglich zu verlieren
- g. Weniger Hürden für Praktika – Aussetzung des Mindestlohns für das erste Jahrentsprechend der Regelung für Langzeitarbeitslose
- h. Abschaffung der Vorrangprüfung
- i. Öffnung der Zeitarbeit für Flüchtlinge
- j. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für alle Bevölkerungsgruppen und Abschaffung unnötiger bürokratischer Vorschriften einschließlich derer zum Mindestlohn

6) Unterstützung für Kommunen

„Wir schaffen das“, lässt sich aus dem Kanzleramt relativ problemlos verkünden. Die Arbeit vor Ort aber bleibt bei den Kommunen haften, die sich um Unterbringung, Versorgung und Personal zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen bemühen müssen. Deswegen müssen Bund und Land die Kommunen stärker als bisher unterstützen, damit auch die Kommunen es schaffen, erfolgreich mit den vielen Neuankömmlingen umzugehen.

- a. Die Kommunen mit LEA-Einrichtungen müssen massiv finanziell, logistisch und personell unterstützt werden, damit die dramatischen Zustände in den Einrichtungen nicht zur Gefahrenzone für Flüchtlinge und Anwohner werden. Hierzu muss auch die Polizeipräsenz dringend erhöht werden
- b. Wir brauchen eine faire und transparente Verteilung der Flüchtlinge unter Beteiligung der Bürger
- c. Eine sinnvolle Strategie, um den Schutz von Flüchtlingen vor rechten Gewalttaten zu gewährleisten
- d. Nur Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive dürfen an die Gemeinde verteilt werden
- e. Asylanträge müssen zeit- und wohnortnah bearbeitet werden
- f. Förderprogramme des Landes bei der Flüchtlingsunterbringung müssen sich stärker an den Bedürfnissen kleiner Kommunen ausrichten
- g. Absenkung überzogener Standards im Planungsrecht sowie beim Bau von Unterkünften in der Anschlußunterbringung.

7) Bildung und Spracherwerb als Erfolgsrezept für eine gelungene Integrationspolitik

- a. Spracherwerb ist der zentrale Schlüssel in der Gesellschaft und im Arbeitsmarkt
- b. Sprachstandabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Vermittlung der deutschen Sprache sofort nach der Ankunft
- c. Bildungsangebote und berufliche Aus- und Weiterbildung für alle Flüchtlinge, um ihnen den Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.
- d. An Hochschulen kann dies auch durch Studierende und mit einer Verbindung zum Erhalt von zusätzlichen ECTS-Punkten geschehen. Um dies bestmöglich zu unterstützen, sollen auch online-gestützte Kurse, gegebenenfalls unterstützt durch Ehrenamtliche, angeboten werden.

Insbesondere sollen die modernen Möglichkeiten online gestützter Sprachkurse genutzt werden. Für die berufliche Qualifizierung müssen ebenfalls die Chancen digitaler Bildungsangebote gemacht werden, hierzu sollen die Berufsverbände und Kammern angeregt werden. Informationsportale der Kammern und der Landesregierung müssen den Flüchtlingen bekannt gemacht und gegebenenfalls um zielgerichtete Angebote ergänzt werden

- f. Bei den Flüchtlingen, die an keinen vom Bund finanzierten Kurs teilnehmen können, ist das Land in der Pflicht. Neben pensionierten Lehrern, Lehramtsstudenten und Referendaren, sehen wir die weitere Qualifikation fachfremder Lehrer oder auch Ehrenamtlicher sowie die Einbindung privater Sprachschulen als Chance
- g. Mehr Lehrkräfte für „Deutsch als Fremdsprache“ für Vorbereitungsklassen, mehr Mittel für Dolmetscher, Sozialarbeiter und Lehrmaterial für Schulen, die Vorbereitungsklassen anbieten
- h. Gründung von Schulen speziell für Flüchtlingskinder, in denen diese ganz intensiv in den ersten beiden Jahren beschult werden, vor allen Dingen in Deutsch, damit sie danach mit guten Deutschkenntnissen in die Regelschulen integriert werden können (Anm.: die normalen Vorbereitungsklassen vermitteln nur Grundkenntnisse, führen aber nicht dazu, dass die Kinder gut Deutsch sprechen und vor allen Dingen schreiben können. Das

hat zur Folge, dass sie allenfalls Werkrealschulniveau erreichen und von dort nur mit massiver privater Unterstützung weiter kommen)

8) Vermittlung der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

- a. Wir Freie Demokraten erachten die Werte und Regeln unserer freiheitlich- demokratischen Grundordnung als bindend – für alle Menschen in Deutschland
- b. Die Teilnahme an Integrationskursen muss jedem Flüchtling und Asylbewerber offen stehen und verpflichtend sein!!!
- c. Neu ankommenden Flüchtlingen muss im Rahmen der Vermittlung unserer Rechtsordnung, unseres Verständnisses von Demokratie und unserer Werte die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Deutschland nahegebracht werden.
- d. Wir brauchen Strukturen in Flüchtlingsunterkünften, die den zum Teil schwer traumatisierten Frauen Sicherheit und Bewegungsfreiheit bieten. Hilfefone, Rückzugsräume, speziell geschulte Ansprechpartnerinnen, medizinische Betreuung sowie spezielle Angebote für traumatisierte Frauen und Kinder müssen gegeben sein.
- e. Die Betreuung von Kindern darf kein Hinderungsgrund für die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen sein. Wenn die Integration von Müttern und Vätern gelingt, wird auch die Integration der Kinder vorangebracht.

9) Weitere Maßnahmen

- a. Wir brauchen Gesundheitsstationen mit ausreichendem Gerät und Personal in den Erstaufnahmeeinrichtungen, um eine umfassende Erstversorgung zu gewährleisten
- b. Gesundheitskarte nur für Flüchtlinge, die auf die Kommunen verteilt werden und damit eine Bleibeperspektive in Deutschland erhalten
- c. Die FDP Baden-Württemberg lehnt Zwangsenteignungen von Wohnraum durch Städte und Land entschieden ab. Die staatliche Förderung von Denunziantentum und die Aushöhlung des Rechtsstaats ist nicht nur eine Bedrohung des Rechts auf Eigen-

tum, sondern droht die Stimmung in der Bevölkerung kippen zu lassen.

- d. Wir fordern die Rücknahme der Mietpreisbremse und bestehender landesrechtlicher Vorschriften, etwa des Zweckentfremdungsverbots oder unsinniger Vorschriften aus der Landesbauordnung
- e. Wir brauchen mehr Förderung von sozialem Wohnungsbau im Land durch Mobilisierung von privatem Kapital – Anreize durch weniger Bürokratie und zusätzlichen Abschreibungsmöglichkeiten

10) Ehrenamtliche Freundeskreise

Ohne die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, die sich zu zehntausenden in vielen Freundeskreisen engagieren, wäre eine gute Betreuung der Flüchtlinge in den teilweise völlig überforderten Kommunen nicht so gut möglich. Diese bewundernswerte Arbeit der Ehrenamtlichen muss nicht nur besser koordiniert werden, sondern es müssen auch die vielen Helferinnen und Helfer unterstützt werden, in dem man es ihnen unter anderem ermöglicht, sich fortzubilden.

11) Wir schaffen das, aber wir müssen auch sagen, wie!

- a. Wir wollen konstruktive Vorschläge statt populistische Parolen. Die FDP Baden-Württemberg wird die Flüchtlingspolitik konstruktiv und unaufgeregt führen. Wir erarbeiten Vorschläge, wie wir diese besondere Situation sinnvoll, effektiv und für alle Beteiligten und Betroffenen zufriedenstellend lösen wollen.
- b. Wir wollen eine Kultur der pragmatischen Lösungen statt der Angst und Pessimismus. Sorgen und Ängste wollen wir aufnehmen, darüber sprechen, aufklären und durch Lösungsoptionen zerstreuen. Wir beteiligen uns nicht an einer Kultur der Angst und dem Ausspielen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.
- c. Wir wollen Weg vom Krisendiskurs in eine gesellschaftliche Diskussion über Mittel und Wege des vernünftigen Umgangs mit Flüchtlingen. Wir wollen die Krise zu einer Chance für Deutschland und Europa machen. Eine Chance für die Gesellschaft, für die Wirtschaft und für die Solidarität und den Zusammenhalt in Europa.

Freie Demokratische Partei
Landesverband Baden-Württemberg
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart

Telefon: 0711 66618-0
E-Mail: fdp-bw@fdp.de

Erfahren Sie mehr unter:
fdp-bw.de

 facebook.com/fdpbw
 twitter.com/fdpbw